

NEWSLETTER OKTOBER 2011

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

nicht ganz unerwartet ist die Energiepolitik nach den Entscheidungen von Bundestag und Bundesrat vor der Sommerpause zu den Energiegesetzen nun etwas aus den Schlagzeilen verschwunden. Die Zukunft des Euro und das Gestümpere der Bundesregierung in dieser Frage beherrschen seither die Schlagzeilen.

Doch es ist klar, dass die Energiewende längst noch nicht vollzogen ist. Es gibt eine Vielzahl von Baustellen, die jetzt und in Zukunft weiter bearbeitet werden müssen, um Deutschland voranzubringen weg von Kohle und Atom, hin zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. Doch auch hier stümpert die Bundesregierung. Besonders betrifft dies die Themen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die geplante unterirdische Verpressung von CO₂ (CCS), Gebäudesanierung, Biokraftstoffe u. v. m.

Aber lesen Sie dies und weiteres am besten selbst in meinem aktuellen Newsletter!

Mit herzlichen Grüßen



Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

- 1) **CCS-Gesetz im Bundesrat gescheitert**
- 2) **Unkonventionelles Erdgas**
- 3) **Gaskraftwerkszubau in den kommenden Jahren höher als angenommen**
- 4) **EU-Energieeffizienzrichtlinie**
- 5) **Trotz AKW-Abschaltungen: Deutschland exportiert weiterhin Strom**
- 6) **Schwarz-Gelb blockiert Gebäudesanierung**
- 7) **E 10 - Mineralölkonzerne können Quote doch einhalten**
- 8) **Bundesnetzagentur veröffentlicht Kraftwerksliste**
- 9) **Studie der Bundesregierung zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)**
- 10) **Fraktionsbeschluss: Grüne Rohstoffstrategie**
- 11) **Fraktionsbroschüre Rohstoffabbau**
- 12) **Positionspapier: Stoffliche und energetische Nutzung von Biomasse**
- 13) **Fraktionsbroschüre: Braunkohle**
- 14) **Aachener Energie-Plattform: Energiemanagement im Überblick**
- 15) **Neues Internetportal ‚Föederal Erneuerbar‘**
- 16) **Studie zum Verbraucherverhalten und Klimaschutz**
- 17) **Broschüre der EnergieAgentur NRW ‚Klimaschutz mit Bürgerenergieanlagen‘**
- 18) **Anti-AKW-Demo in Belgien – Grenzüberschreitender Protest**
- 19) **Umweltausschuss in der Asse**
- 20) **Termine**

1) **CCS-Gesetz im Bundesrat gescheitert**

Der Bundesrat hat das Gesetz zur Abscheidung, Transport und Verpressung von CO₂ (CCS-Gesetz) abgelehnt. Auch konnte keine Mehrheit für die Anrufung eines Vermittlungsausschusses gefunden werden. Damit wird auf eindrucksvolle Weise das Scheitern der Bundesregierung bei diesem Thema deutlich. Sie hat es in den vergangenen zwei Jahren nicht einmal geschafft, einen Konsens mit ihren eigenen schwarz-gelben Parteikollegen in den Ländern zu finden. Stattdessen hat sie eine **LÄNDERKLAUSEL** geschaffen, die grundsätzlich gegensätzliche Interpretationen zulässt. Nun muss die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss anrufen, um die **EU-Richtlinie (2009/31/EG)** umzusetzen. Ein Konsens ist nur möglich, wenn Union und FDP sich von der Anwendung von CCS bei Kohlekraftwerken verabschieden und stattdessen ein schmales Forschungsgesetz für prozessbedingte Emissionen vorlegen, wie sie unweigerlich etwa in der Stahl- oder Zementindustrie anfallen. Alle weiteren Infos finden sich **HIER**.

2) **Unkonventionelles Erdgas**

Der Umweltausschuss des Bundestages hat vor wenigen Tagen beschlossen, am 21.11.2011 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Trinkwasserschutz und Bürgerbeteiligung bei der Förderung von Unkonventionellem Erdgas“ gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss durchzuführen. Basis für die Anhörung ist unser Antrag **Transparenz und Kontrolle bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas**. In der Sommerpause hat bei Bundesumweltminister Röttgen offenbar ein Umdenken stattgefunden. Nachdem er sich noch vor kurzem in Schweigen hüllte und sich zunächst auch nicht zu einem kritischen **Gutachten des Umweltbundesamtes** äußern wollte, kündigte er schließlich doch die Vergabe einer umfangreichen Studie zum Thema Fracking an. Weitere Infos **HIER**.

3) Gaskraftwerkszubau in den kommenden Jahren höher als angenommen

Eine aktuelle Recherche der Grünen Bundestagsfraktion hat ergeben, dass bereits jetzt neun flexible Gaskraftwerke mit fast 3 Gigawatt (GW = 3.000 Megawatt) Leistung in Deutschland im Bau sind bzw. die Bauentscheidung gefallen ist und absehbar ans Netz gehen werden. Zusammen mit den in Bau befindlichen Kohlekraftwerken mit einer Leistung von 11 GW wird die durch den Atomausstieg wegfallende Kapazität der acht Atomkraftwerke damit schon innerhalb der nächsten drei Jahre mehr als kompensiert. Weitere Infos finden sich [HIER](#). Daher ist ein [Förderprogramm für den Neubau von fossilen Kraftwerken](#), wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, nach heutigem Stand überflüssig.

4) EU-Energieeffizienzrichtlinie

Die Europäische Kommission hat im Juli ihren Entwurf für eine europäische [Energieeffizienzrichtlinie](#) vorgelegt. Auch wenn ein verbindliches Effizienzziel fehlt, enthält die Richtlinie dennoch viele gute Ansätze. So sollen Energieversorger künftig bei ihren Kunden jährlich 1,5 Prozent Energie sparen, die öffentliche Hand drei Prozent ihrer Gebäude jährlich energetisch sanieren und neue Kraftwerke sollen nur noch mit Wärmeauskopplung gebaut werden. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung versucht die Verabschiedung der Richtlinie zu torpedieren. Eine ausführliche Bewertung findet sich [HIER](#).

5) Trotz AKW-Abschaltungen: Deutschland exportiert weiterhin Strom

Vor wenigen Tagen hat das Statistische Bundesamt (Destatis) seine neuen Zahlen zum Stromimport und -export für das erste Halbjahr 2011 veröffentlicht. So exportierte Deutschland 27,9 TWh und importierte lediglich 23,9 TWh Strom. Damit sind die Horrormeldungen widerlegt, die nach dem Abschalten der sieben ältesten AKW befürchteten, dass Deutschland massiv Strom aus dem Ausland importieren muss. Das es sich bei dem importierten Strom nicht vorrangig um Atomstrom aus Frankreich oder Tschechien handelt, konnte das Ökoinstitut bereits im April in einer [Studie](#) nachweisen.

6) Schwarz-Gelb blockiert Gebäudesanierung

Vor der Sommerpause hat der Bundestag das Gesetz zur [steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden](#) beschlossen, das aber vom Bundesrat abgelehnt wurde. Einig ist man sich, dass steuerliche Anreize unbedingt gebraucht werden, um die derzeitige viel zu niedrige Sanierungsquote von unter einem Prozent zu erhöhen. Umstritten ist aber die konkrete Ausgestaltung und die Verteilung der Kosten. Ein Antrag der Grün-regierten Länder zur Anrufung des Vermittlungsausschusses scheiterte und auch die Bundesregierung weigert sich aus unerfindlichen Gründen den Vermittlungsausschuss zu ihrem eigenen Gesetz anzurufen. Um die Gebäudesanierung nicht der Halsstarrigkeit von CDU/CSU/FDP anheim fallen zu lassen, hat die Grüne Bundestagsfraktion in einem [Antrag](#) die Anrufung des Vermittlungsausschusses gefordert. Dies wurde jedoch von Schwarz-Gelb mit absurden Begründungen abgelehnt. Damit scheiterten effektive Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung erneut an einer ignoranten Bundesregierung. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

7) E 10 - Mineralölkonzerne können Quote doch einhalten

Die Ankündigung des Mineralölkonzerns BP vom 11. September 2011, drohende Strafzahlungen in die Benzinpreise einpreisen zu wollen, sorgte für berechtigte Empörung. BP hatte behauptet, auf Grund des E10-Desasters werde die gesetzlich vorgeschriebene Biokraftstoffquote von 6,25 Prozent deutlich verfehlt. Auf meine Nachfrage an das Bundesfinanzministerium stellte sich jedoch heraus, dass die Mineralölkonzerne die Quote in den vergangenen Jahren deutlich übererfüllt haben, und sich diese Überschüsse für das Jahr 2011 anrechnen lassen können. Nun rudern die Mineralölkonzerne zurück und sagen die angekündigte Einpreisung ab, wie aus diesem **MEDIENBERICHT** hervorgeht.

8) Bundesnetzagentur veröffentlicht Kraftwerksliste

Bereits vor Monaten hat die Bundesregierung angekündigt, eine Liste aller in Deutschland in Betrieb und stillgelegter Kraftwerke zu veröffentlichen. Das diese Daten nicht auf Kopfdruck vorhanden sind erstaunt, denn eigentlich ist die Bundesnetzagentur (BNetzA) zum Führen einer solchen Liste gesetzlich verpflichtet, scheint dieser Pflicht aber nicht nachgekommen zu sein. So brauchte die Behörde unter Aufsicht des Wirtschaftsministeriums geschlagene fünf Monate und damit erheblich länger als angekündigt, um endlich eine Liste vorzulegen, von der die Netzagentur nun aber selber schon sagt, dass sie nicht vollständig ist. Peinlich! **HIER** finden sich die Liste einschließlich der Listen mit Kraftwerksneubauten und –stilllegungen und **HIER** meine Presse dazu.

9) Studie der Bundesregierung zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte in ihrer Regierungserklärung angekündigt, noch in diesem Jahr eine Novelle des Gesetzes zur Förderung der KWK vorzulegen. Klar ist, ohne einen massiven Ausbau der KWK sind weder die Klimaschutzziele noch die Effizienzziele zu erreichen. Dass eine solche Novelle bitter nötig ist, zeigt eine **Studie** der Prognos AG im Auftrag der Bundesregierung. Danach ist die KWK in den letzten Jahren kaum vom Fleck gekommen, das Ziel 25% KWK-Strom bis 2020 in weiter Ferne gerückt. Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung endlich etwas für die KWK tut, nachdem das Thema zwei Jahre konsequent ignoriert wurde. Die Grüne Bundestagsfraktion hat ihre Hausaufgaben gemacht und ein Positionspapier und einen kompletten Gesetzentwurf erarbeitet.

10) Fraktionsbeschluss: Grüne Rohstoffstrategie

In vielen Bereichen ist die deutsche Industrie von der Verfügbarkeit von Rohstoffen direkt abhängig. In den vergangenen Monaten hat die grüne Bundestagsfraktion ein Rohstoffpapier mit einem breiten Maßnahmenmix erarbeitet. Dazu gehören ordnungsrechtliche Vorgaben wie eine Ökodesign-Richtlinie und Änderungen im Kreislaufwirtschafts- und abfallgesetz, der Abbau von Investitionshemmnissen, der Ausbau der betrieblichen Effizienzberatung sowie Forschungs- und Innovationsförderung. Mit Blick auf den Rohstoffabbau in Deutschland wollen wir das Bergrecht reformieren. Alle weiteren Infos finden sich **HIER**.

11) Fraktionsbroschüre: Rohstoffe

Nicht nur die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl oder Erdgas schadet der Umwelt und dem Klima, sondern bereits ihr Abbau und Transport.

Ca. drei Viertel der in Deutschland verbrauchten energetischen Rohstoffe werden aus dem Ausland importiert, wo ihr Abbau oft unter menschenunwürdigen Bedingungen stattfindet. Weltweit sind fossile und atomare Rohstoffe nur begrenzt vorhanden, aber zugleich wächst der Energiehunger. In der **Fraktionsbroschüre Rohstoffe – Energiewende statt Raubbau** haben wir exemplarisch die negativen Auswirkungen des Abbaus fossiler und atomarer Rohstoffe für die betroffenen Regionen aufgezeigt, sowohl in westlichen Industrienationen als auch in Schwellen- und Entwicklungsländern, für die ihr Rohstoffreichtum häufig mehr Fluch als Segen ist.

12) Positionspapier: Stoffliche und energetische Nutzung von Biomasse

Ein neues, ausführliches Positionspapier der Grünen Bundestagsfraktion beschäftigt sich mit der stofflichen und der energetischen Nutzung von Biomasse. Das Papier ist die Grundlage zur Entwicklung schlüssiger Konzepte für einen sinnvollen und verantwortbaren Einsatz von Bioenergie und stofflicher Nutzung von Biomasse, die Konflikte mit anderen Zielen, z. B. der Erhaltung der Biodiversität vermeiden sollten. Das Papier findet sich **HIER**.

13) Fraktionsbroschüre: Braunkohle

Die Verbrennung von Braunkohle ist die klimaschädlichste Art der Energieerzeugung. Der Braunkohletagebau im Rheinland und in Ostdeutschland zerstört ganze Landschaften und beraubt Menschen ihrer Heimat. Der im Jahr 2011 beschlossene Atomausstieg darf dabei nicht als Rechtfertigung für neue Tagebaue und Kraftwerke gelten, denn eine klimaverträglichere, sichere und bezahlbare Energieversorgung ist auch ohne die Braunkohle möglich. Dies macht die neue Fraktionsbroschüre **Sonne statt Kohle – Zukunft ohne Braunkohle** deutlich. Sie kann **HIER** abgerufen werden.

14) Aachener Energie-Plattform: Energiemanagement im Überblick

Die Stadt Aachen hat vor kurzem ein bundesweit einmaliges Projekt gestartet: Auf der Internetplattform www.eview-aachen.de kann der Verbrauch von Strom, Wärme und Wasser von über 160 Gebäuden in der Stadt erfasst werden. Die Daten sind im Internet einsehbar und können leicht verglichen werden mit anderen Gebäuden sowie den Verbrauch in früheren Jahren. Das ergibt ungeahnte Möglichkeiten, den Energieverbrauch zu verfolgen und zu steuern.

15) Neues Internetportal ‚Föederal Erneuerbar‘

Das neue Portal der Agentur für Erneuerbare Energien unter www.foederal-erneuerbar.de liefert seit einigen Wochen detaillierte Antworten auf die Fragen, wo die einzelnen Bundesländer beim Ausbau der Erneuerbaren Energien stehen und wie ist es um Forschung, Unternehmen und Beschäftigung rund um die Zukunftstechnologien bestellt ist. Mithilfe von interaktiven Grafiken und Tabellen lassen sich konkrete Zahlen und Vergleiche finden. Es umfasst mehr als 100 Datensätze zu Wind- und Sonnenenergie, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie.

16) Studie zum Verbraucherverhalten und Klimaschutz

Eine Studie im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion zeigt Wege und Möglichkeiten auf, als Verbraucher effektiv zum Klimaschutz beizutragen. Doch gibt es einen solchen Trend wirklich und wie sieht dieser aus? Die Studie liefert die Antworten. **HIER** kann sie abgerufen werden.

17) Broschüre der EnergieAgentur NRW ‚Klimaschutz mit Bürgerenergieanlagen‘

Um das bürgerschaftliche Engagement für erneuerbare Energien weiter zu fördern und konkrete Hilfestellung zu leisten, hat die EnergieAgentur.NRW eine Broschüre mit dem Titel **"Klimaschutz mit Bürgerenergieanlagen"** herausgegeben.

18) Anti-AKW-Demo in Belgien – Grenzüberschreitender Protest

Eine grenzüberschreitende Solidarisierung fand Mitte September bei einer Demo am belgischen AKW Tihange statt. Mehrere tausend Menschen aus Belgien, Frankreich, Niederlanden und Deutschland gingen gemeinsam gegen die Atomkraft und für die Erneuerbaren Energien auf die Straße. Dies macht deutlich, dass auch in anderen EU-Staaten der Druck gegen die gefährliche und teure Atomkraft größer wird. Ein Video und weitere Infos zum Thema Atomkraft auf europäischer Ebene findet sich **HIER**.

19) Umweltausschuss in der Asse

Ein eigenes Bild von den katastrophalen Zuständen unter Tage hat sich der Umweltausschuss des Bundestags in der Asse gemacht. Das ehemalige Salzbergwerk bei Braunschweig wurde bis 1978 trotz offensichtlicher Ungeeignetheit und mit einer heute schier unglaublichen Ignoranz als Deponie für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll aus den Forschungszentren in Karlsruhe, Jülich u. a. genutzt. Als das Bergwerk 2009 abzusauen und damit eine Ausschwemmung des radioaktiven Material drohte, hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Anlage übernommen und wird nun den Atommüll mit aufwendigster Technik und Milliardenaufwand wieder bergen müssen.

20) Termine (Auswahl aus öffentliche Veranstaltungen, Infos auf meiner Internetseite oder in meinem Büro)

06.10. 9 Uhr **Besichtigung von Bergschäden mit Presse in Düren**

06.10. 11 Uhr **Besuch der Holzpelletfertigung in Titz-Ameln mit Johannes Rimmel**

06.10. 19 Uhr **Staub, Lärm, Umweltschäden: Die Auswirkungen von Garzweiler – Veranstaltung in Mönchengladbach**

07.10. 14 Uhr **Gespräch des Grünen NRW-Landesvorsatandes mit Anti-Atom-Initiativen in Gronau**

08.10. 10.30 Uhr **Landesparteirat in Essen**

08.10. 13 Uhr **Landesatomkonferenz der Anti-Atom-Initiativen in Jülich**

10.10. 19 Uhr **Klimawoche in Bielefeld**

11.10. 19 Uhr **Energiewende: Was kann ich dazu beitragen? – Veranstaltung in Geilenkirchen**

12.10. 13.30 Uhr **Podiumsdiskussion VKU-Verbandstagung in Bonn**

13.10. 18 Uhr **Vortrag und Diskussion zum Nationalpark Senne, Bad Lippspringe**

15.10. 10 Uhr **Grüne Denkfabrik Bonn**

16.10. 12.00 Uhr **Vortrag zum Nationalpark Eifel, Ordensburg Vogelsang**

17.10 bis 30.10. **Zwei Sitzungswochen in Berlin**